Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 185. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Dienstag, den 10. August 1926**

Mißlungener Tigersprung.

Clemenceau, der „Tiger“, wie ihn die Freunde und auch, in versteckter Bewunderung, die Gegner nennen — mit diesem Mann, mit der Nennung dieses Namens taucht alles auf, was eines jeden Deutschen Herz seit Jahren erfüllt. Er war ein Deutschenhasser, als 1871 die Kommune Paris durchraste und am Eisenwall des deutschen Heeres zerbrach; er hat das Wort von dem „Niemals davon sprechen, immer daran denken“ geprägt, er, der Linksradikale, er, der — französischste Franzose trotzdem. Und im Weltkrieg ist er es gewesen, der sein erschöpftes Land zusammenriß zu neuem Widerstand, bis er in Versailles die Frucht pflücken konnte.

Er ist der eigentliche Vater des „Friedens“ von Versailles, er war der führende, alles fordernde Kopf der „großen Vier“. Wäre es ganz nach ihm gegangen, so wäre Deutschland ein wüstes, armseliges Chaos, wo es „20 Millionen zuviel“ gab. Der wilde fünfzigjährige Haß blendete ihm die Augen. Schmerzlich genug mag er es empfunden haben, daß endlich an die Stelle brutal-nackter Gewalt eine feste Vereinbarung trat, für die auch andere Mächte garantierten. Gewiß war der Londoner Pakt für Frankreich sehr wertvoll; denn den größeren Teil der deutschen Zahlungen erhält ja dieses Land. Und nun trotz Sieg und trotz des „Le Boche payera tout“ (Der Deutsche bezahlt alles) die Wirtschafts- und Finanzkrise, der Währungszusammenbruch und die „Hartherzigkeit“ der ehemaligen Kriegsgenossen, namentlich Amerikas, das von Frankreich zurückgezahlt erhalten will auf Heller und Pfennig, was es einst im „Kampf für Freiheit und Zivilisation, für Demokratie und Humanität“ geliehen hat.

Clemenceau hat nun einen sentimentalen Brief an den amerikanischen Präsidenten Coolidge geschrieben und ihn darauf verwiesen, wie furchtbar gerade Frankreich gelitten habe an Gut und Blut. Und nun solle sich Frankreich auch noch verkaufen, gleich als ob diese Kriegsschuld eine ganz gewöhnliche Kassaangelegenheit wäre, die reguliert werden müsse wie eine Handelsschuld. „Kommen Sie in unsere Dörfer und lesen Sie die unendliche Liste unserer Toten — dann vergleichen wir, wenn Sie wollen.“ Was er verlangt, ist nichts anderes als Streichung der französischen Schuld an Amerika, zum mindesten allerweitestes Entgegenkommen.

Der Sprung des „Tigers“ ist mißlungen. Für den Amerikaner war der Krieg ein Geschäft, ist die Regulierung der Kriegsschulden nur Geschäft, wobei man an Sentimentalitäten ebensowenig denkt wie im Krieg. Auch wenn es sich dabei um den Bundesgenossen von einst handelt. Der amerikanische Präsident hat ebenso umgehend wie schroff und eindeutig geantwortet: Die Schuldenregelung ist da, denn das diese betreffende Washingtoner Abkommen ist vom Amerikanischen Senat und Repräsentantenhaus genehmigt, jetzt warte man nur noch auf die Ratifikation auch durch die Französische Kammer. Die Diskussion sei geschlossen; es habe gar keinen Zweck, darüber zu reden. Clemenceau hatte aufgestöhnt, die französischen Kassen seien leer — ihm wird aus Amerika geantwortet, daß Frankreich keinen Dollar an Anleihe erhalten werde, bis die Ratifizierung vollzogen sei. Aus London hört man das gleiche. Und am schmerzlichsten mag es für Clemenceau sein, zu vernehmen, daß die notwendige Schlußfolgerung aus der Schaffung und der Durchführung des Dawes-Planes die sei, daß nun auch Frankreich seine Schulden voll und ganz bezahlen müsse. Amerika besteht auf seinem Schuldschein; Geschäft bleibt Geschäft und — um ein bekanntes Wort zu zitieren —: „Blut ist zwar dicker wie Wasser“, aber das Geld ist doch noch ein ganzes Ende dicker als Blut.

Und daran ist der „Tiger“ abgeprallt.

Die Haftentlassung von Haas, Fischer und Reuter.

Auf Beschluß der Beschwerdekammer.

Der Polizeipräsident von Magdeburg erließ Montag mittag folgende amtliche Mitteilung: „Die heute vormittag um 8 Uhr zusammengetretene Spruchkammer hat um 12 Uhr mittags die sofortige Haftentlassung des Direktors Haas, des Kaufmanns Fischer und des Chauffeurs Reuter beschlossen. Die Genannten wurden sofort in Freiheit gesetzt.“

Die Beschwerdekammer hatte von 8 bis 12 Uhr beraten. Da inzwischen noch weiteres wichtiges Material hinzugekommen war, erschien die Beweiskette zur Entlassung des Haas auch ohne das Geständnis des Schröder geschlossen und die Unschuld der auf Schröders Aussagen hin Verhafteten Haas, Fischer und Reuter erwiesen. Gegen 1 Uhr verließen Rudolf Haas, Fischer und Reuter das Untersuchungsgefängnis. Die Nachricht von der Aufhebung der Haft hatte sich in Magdeburg schnell verbreitet.

Hunderte von Menschen hatten sich vor dem Tor des Gerichtsgefängnisses angesammelt und als die Freigelassenen erschienen, begrüßten viele sie durch Zurufe. Dem Vernehmen nach steht die Wiederverhaftung der Braut des Hauptbeschuldigten Schröder, Hildegard Göpe, die vor einigen Tagen entlassen wurde, in Frage. Es sollen sich neue Verdachtsmomente ergeben haben. Sie soll die Annonce aufgesetzt haben, die Schröder im Magdeburger Generalanzeiger veröffentlichte und in der Helling aufgefordert worden war, seine Kaution mitzubringen.

Deutscher Schritt bei den Ententemächten.

Wegen Abbaues der Besatzung.

Die deutsche Regierung hat in London, Brüssel, Rom und Washington Abschriften des kürzlich vom deutschen Botschafter in Paris, v. Hoesch, dem französischen Außenminister Briand unterbreiteten deutschen Memorandums überreichen lassen. Es werden in diesem Memorandum noch einmal die Ansprüche auf Herabsetzung der alliierten Rheintruppen geltend gemacht.

Das Memorandum verlangt, daß die Herabsetzung der Stärke der alliierten Rheinarmeen von 85 000 auf 50 000 Mann der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vorausgehen, zum mindesten aber gleichzeitig stattfinden müsse. Ferner werden die Alliierten ersucht, die Rheinlandgarnisonen nach Herabsetzung der Truppenstärke in mehreren großen Zentren zu konzentrieren und nicht, wie bisher, über das ganze Land zu verteilen, mit anderen Worten: die Besetzung unsichtbarer zu machen. Freiherr Langwerth v. Simmern, der als deutscher Delegierter der alliierten Rheinlandkommission in Koblenz beigegeben ist, hat der Rheinlandkommission die deutschen Vorschläge auseinandergesetzt.

Es wird von den maßgebenden Stellen hierzu ausdrücklich bemerkt, daß es sich nicht um neue diplomatische Schritte handelt, sondern eben nur um eine Abschrift bereits früher geäußerter deutscher Wünsche in der Besatzungsfrage.

Katastrophaler Eindruck des Clemenceau-Briefes in Amerika!

Neuyork, 10. August. Die gesamte amerikanische Presse fährt fort, die Sensation des Clemenceau-Briefes auszunutzen und läßt die Tatsache erkennen, daß die gereizte Stimmung gegenüber Frankreich durch den Brief nicht unwesentlich verschärft worden ist. Die Washingtoner Berichterstatter der Neuyorker Presse übertreffen sich gegenseitig in Angriffen gegen Clemenceau. Washington, so heißt es u. a. erinnere daran, daß Frankreich bisher keinen Nickel zurückbezahlt habe. Präsident Coolidge erhalte aus allen Teilen des Landes Berge von Briefen, in denen die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert werde, in der Schuldenfrage keinesfalls nachzugeben. In Washington frage man sich erstaunt, wer wohl Clemenceau den Rat gegeben habe, ein derartiges Schriftstück zu verfassen. Der Brief sei im ganzen ein Stück belustigender Unverfrorenheit. Die deutschfeindliche Presse, anscheinend in der Absicht, die verheerende Wirkung des Clemenceau-Briefes abzuschwächen, bringt erneut Sensationsartikel über die deutsche „Kriegsrüstung“. Evening Post schreibt gegen Seeckt und erklärt, der neue angebetete „Darling“ der alten preußischen „Kriegsmaschine“ schaffe in der Reichswehr insgeheim eine neue Armee, in der „jeder den Marschallstab im Tornister trage“. Die Kontrollkommission sei viel zu nachgiebig gegenüber Seeckt. In Deutschland wisse man überall, welche Macht v. Seeckt besitze. Die Alliierten täten gescheiter, weniger Proteste zur Kriegsschuldfrage loszulassen und statt dessen besser auf Seeckt und seine Armee aufzupassen.

Der Frank fällt wieder. — Schuldenabkommen nicht vor den Ferien

Paris, 10. August. Die jüngste parlamentarische Lage hinsichtlich der Ratifizierung des Schuldenabkommens, die durch den Brief Clemenceaus kompliziert worden ist, hat zu einem neuen Anziehen der Devisen geführt. Das Pfund, das bereits einen Kurs von 153 Franken notieren mußte, stieg heute auf 167, der Dollar auf 34,23. In der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten teilte Franklin Bouillon, der Präsident der Kommission, mit, daß sowohl Poincaré wie auch Marin ihm die Versicherung gegeben hätten, die Regierung werde vor den Ferien keine Kammerdebatte über die Schuldfrage verlangen. Im übrigen bliebe es den zuständigen Kommissionen überlassen, welche Prozedur sie für die Prüfung der Frage einzuschlagen wünschten.

Ein englisches U.-Boot gesunken.

London, 10. August. Wie die englische Admiralität bekannt gibt, ist das Unterseeboot H. 29 gestern nachmittag in Devonport bei der Rückkehr von einer Kreuzungsfahrt gesunken. Das Schicksal der 22 Mann starken Besatzung ist noch ungewiß.

Kommt Entschädigung in Frage?

Im Strafverfahren freigesprochene oder durch Beschluß des Gerichts außer Verfolgung gesetzte Personen können nach dem Reichsgesetz vom 14. Juli 1904 für erlittene Untersuchungshaft Entschädigung aus der Staatskasse verlangen, wenn das Verfahren ihre Unschuld ergeben oder dargetan hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt. Gegenstand des dem Verhafteten zu leistenden Ersatzes ist der für ihn durch die Untersuchungshaft entstandene Vermögensschaden. Ein Schmerzensgeld, also eine Entschädigung wegen eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, kann nicht beansprucht werden.

Der Anspruch richtet sich gegen die Staatskasse, d. h. soweit es sich nicht um das Reichsgericht handelt, gegen den Landesjustizfiskus. Wird der Verhaftete freigesprochen, so hat das Gericht gleichzeitig mit dem Urteil oder Beschluß durch besonderen Beschluß über die Entschädigungspflicht Bestimmung zu treffen. Dieser Beschluß stellt nur die grundsätzliche Verpflichtung dar. Auf Grund des Beschlusses muß dann der unschuldig Verhaftete binnen sechs Monaten durch Antrag bei der Staatsanwaltschaft seinen Anspruch geltend machen und beziffern. Über den Antrag entscheidet die oberste Landesjustizverwaltungsbehörde, also in Preußen das Justizministerium. Gegen die Entscheidung ist Berufung auf dem Rechtswege zulässig; es muß dann binnen einer Ausschlußfrist von drei Monaten nach Zustellung Klage bei dem Landgericht erhoben werden. Die Klage wird in Preußen gerichtet gegen den preußischen Justizfiskus, vertreten durch die Oberstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht des Bezirks.

Drusenschlachten.

Neue Kämpfe mit Frankreichs Gegnern in Syrien.

Aus Beirut meldete der französische offizielle Dienst am letzten Sonntag, daß in Syrien über hundert aufständische Drusen getötet worden seien, darunter der Scheich von Nadjal. Es müssen also noch immer heftige Kämpfe zwischen Franzosen und Drusen stattfinden. Dem aufständischen Reitervolk ist anscheinend in seinen zerklüfteten Bergen vorläufig nicht viel anzutun. Kaum ein Zweifel, daß abermals wie im Freiheitskampfe Marokkos bei Einsetzung der modernsten Kriegsmittel und scharfer Blockade schließlich der größte Widerstandsgeist ermatten muß — aber dazu ist dann ein solcher Aufwand an Truppen und Kriegsmaterial nötig, daß es sich kaum lohnen dürfte. Es ist ein seltsames syrisch-arabisches Mischvolk, die Drusen, mit etwas jüdischem Einschlag, und ganz eigenartig in der Entwickelung. Die vielen Eroberungen, die das Ländchen erlebt hat, zeigen sich in der Religion am deutlichsten. Diese ist eine Mischung von mohammedanischen (und zwar schiitischen) und christlichen (aber stark mystischen) Dogmen, dazu kommen noch Reste von uraltem Sonnen- und Mondkultus. Auch an die Seelenwanderung glauben sie, doch ist als Grundidee immerhin die Einheit Gottes zu erkennen. Dem Ausländer gelten die Drusen meist als Mohammedaner, was nur bedingt richtig ist. Die Frauen haben eine sehr geachtete Stellung und bewegen sich, im Gegensatz zu den Türkinnen, äußerst frei. Sonst haben die Drusen viele Tugenden primitiver Völker, sie sind gastfrei, höflich, fleißig; freilich halten sie es auch für keine Sünde, Fremde zu betrügen. Blutrache ist gang und gäbe.

Der Name „Drusen“ soll von einem islamitischen Missionar namens Derasie herstammen, der um das Jahr 1000 im Auftrage des Kalifen von Bagdad ihnen etwas Mohammedanismus beibrachte. Fünf Jahrhunderte später wurden sie den Türken untertan und tributpflichtig, will sagen: dem Namen nach, denn der Tribut wurde nie verlangt und nie gezahlt. Ein späterer Emir trat sogar zum Christentum über, was aber das Volk weiter nicht beeinflußte. Es ist eigenartig, daß ein Volk von solcher religiösen Toleranz trotz alledem stets im Kampfe stand mit den benachbarten „Andersgläubigen“, vor allem den christlichen Maroniten. Im Jahre 1860 schlachteten die Drusen etwa sechshundert Maroniten ab, die unter ihnen wohnten.

Man führte das schon damals auf französische Treibereien zurück, Frankreich beanspruchte ja längst Einfluß in Syrien, gründete Schulen, Kirchen, Klöster. Schließlich mischten sich die Großmächte ein, und der Libanon, das hauptsächliche Drusenland, schied aus den unmittelbaren reintürkischen Staaten aus, zugunsten der französischen Ansprüche. Im Weltkriege betätigten sich die Drusen als Feinde der Türken, obwohl sie unter der englischen Blockade schwer litten; einige Tausende fielen der Hungersnot zum Opfer! Merkwürdigerweise aber zeigten sie auch etwas Wohlwollen für die deutschen Truppen im Lande, und als Liman von Sanders im September 1918 der Übermacht weichen mußte, übernahm der Drusenscheich die Verpflichtung, daß die Eisenbahn nördlich und südlich von Damaskus nicht zerstört würde, freilich gegen gute Bezahlung, aber er hielt doch Wort!

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF